

# Leipziger Volkszeitung

## Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Leipzig und des Stadtrates zu Zwenkau befähigteste bestimmte Blatt, außerdem enthält die Leipziger Volkszeitung die amtlichen Bekanntmachungen der Städte Markranstädt, Pögnitz, Taucha und noch verschiedener Landgemeinden

Bezugspreis mit Illustr. Beilage Volk und Zeit sowie der Kinder-Beilage, für einen Monat einfr. Brinderlohn 1.80, für Selbstabholer 1.70 M. — Durch die Post bezogen 1.80 M. ohne Bestellgeld. Telefon Sammelnummer 72208. Postfachkonto: Leipziger Buchdruckerei W. G., Leipzig Nr. 534 77

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21  
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig  
Telefon 72208. — Verlag in Leipzig,  
Tauchaer Straße 19/21 — Telefon 72208

Insertatenspreise: Die 10gespalt. Kolonelle 35 Wg., Familiennachrichten von Privaten mit 50% Nachsch. Stellenangebote 10gesp. Kolonelle 25 Wg., Kleine Anzeigen: Ueberschriftswort 20 Wg., Textwort 10 Wg. Reklamelle 2 M. Inserate v. auswärtig: die 10gesp. Kolonelle 40 Wg., Reklamelle 2.25 M.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen

# Der Reichstag aufgefliegen

### Rücktritt Dr. Gröners als Reichswehrminister — Vier Prügelhelden der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei auf 30 Tage ausgeschlossen — Polizei im Sitzungssaale Das Lindbergh-Baby tot aufgefunden

## Auftakt für den 24. Mai

### Die vier Probetage

Berlin, den 12. Mai.

Der Reichstagspräsident, Genosse Löbe, hat am Donnerstagnachmittag die Reichstagsstimmung aufgehoben. Unmittelbar nach den Abstimmungen über die Misstrauensnoten gegen das Gesamtkabinett verlangte die sozialdemokratische Reichstagsfraktion kategorisch, daß die Sitzung erneut um eine Stunde unterbrochen werde. Sie erklärte den Beschluß des Auktorenrates, der gegenüber den Prügelhelden aus dem Naziflaker gefaßt worden war, für völlig unzulänglich. Allein auf die Initiative der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion ist die Entscheidung zurückzuführen, die dann Genosse Löbe kurz nach 14 Uhr dem Reichstag verflücht hat.

Genosse Löbe teilte mit, daß gegen vier der namentlich festgestellten Prügelhelden, gegen die Abgeordneten Heines, den Gemeinderat, Krause, Ostpreußen, Stegmann und Welkel wegen Verdunkelungsgefahr die Inhaftierung erfolgen solle. Er berichtete dem Reichstag weiterhin, daß der Frau des von den Nazis attackierten Journalisten Dr. Helmut Klotz telephonisch mitgeteilt worden sei, daß sich ihr Mann gegenüber Nationalsozialisten Provokationen gestattet hätte. Deswegen habe man ihn zusammengeschlagen. Frau Klotz wurde aufgefordert, sich nach dem Reichstag zu begeben, um die Knochen ihres Mannes abzuholen. Diese Mitteilung verfehlte ihre Wirkung nicht. Insbesondere in den Kreisen des Zentrums war man erschüttert über diesen Rohheitsakt. Genosse Löbe teilte daraufhin mit, daß die vier Prügelhelden für die Dauer von dreißig Sitzungen ausgeschlossen seien. Er forderte sie auf, den Saal zu verlassen. Dieser Aufforderung folgten sie nicht. Daraufhin erklärte der Präsident die Sitzung für aufgehoben. Voraussichtlich wird der Reichstag für den 6. Juni wieder einberufen werden.

Diese Entscheidungen folgten so vernichtend Schlag auf Schlag, daß den 107 Nazis — volkstümlich ausgedrückt — für einige Zeit die Spunde weggeschoben ist. Mit keiner Silbe reagierte sie auf die Verfügungen des Präsidenten, und erst als dieser längst seinen Stuhl verlassen hatte, wurde ihnen klar, was da geschehen war.

Die Nationalsozialisten blieben dicht gedrängt an ihren Bänken stehen. Ebenso die Kommunisten auf der anderen Seite. Auch die übrigen Fraktionen dachten nicht daran, den Sitzungssaal zu räumen. Im Gegenteil, die Kommunisten schickten ihre Vorposten immer weiter vor. Mehrfach drohte ein tätlicher Zusammenstoß. Zwischen durch wurden die Publikumsstribünen geräumt, da diesmal der Präsident, nach vorheriger Verständigung mit seiner Fraktion, ernst zu machen strebte. Hinter der Ministerstraße waren etwa 50 Schupo-Leute aufmarschiert. Plötzlich öffnete sich die Tür. Mit fühnen Sprüngen setzten die Schupos über die Ministerbank hinweg und ergriffen zunächst zwei der gefuchten vier Prügelhelden.

Die geistige Leitung der Aktion war dem Vizepräsidenten Weiß vom Berliner Polizeipräsidium übertragen worden. Das verfehlte die Nazis in die heißste Wut. Bereits in den letzten Tagen hatten sie Dr. Weiß mehrfach attackiert. Jetzt war dieser nun beauftragt worden, die vier Nazis aus den 107 herauszusuchen. Trotzdem dahierte Herr Dr. Frid, der Judenreifer, Verhandlungen mit dem Vizepräsidenten an. Das Ergebnis war, daß sich die vier Prügelhelden freiwillig in das Zimmer begaben, wo die Untersuchung vorgenommen werden sollte. Das entsprach einem Beschluß, der vorher vom Auktorenrat gefaßt worden war. Noch lange Zeit blieb das Plenum dicht besetzt und jeder — ob Abgeordneter oder nicht — der den Reichstag verlassen wollte, mußte sich vorher eingehend legitimieren. In der Sitzung des Auktorenrates haben Straßer und Heid die Heldentaten ihrer „rauhem Kämpfer“ gar nicht abgestritten. Wie konnten sie das, da doch gerade Gregor Straßer in seinen Versammlungen so oft das Mittel der Brautialgewalt gepredigt hat?

Die bürgerlichen Mittelparteien hatten gegen die Maßnahmen des Genossen Löbe nichts einzuwenden. Die entscheidenden politischen Abstimmungen waren vorbei. Ansonsten lagen noch Dutzende weiterer Misstrauensnoten und sonstiger Anträge vor. Unter normalem Ablauf der Dinge hätten die Abstimmungen noch wenigstens zwei Stunden in Anspruch genommen. Mit der Vertagung des Plenums fiel auch die kurz danach angelegte Sitzung des Auswärtigen Ausschusses aus, deren Besuch die sozialdemokratische Reichstagsfraktion nach diesen Vorgängen ausdrücklich abgelehnt hat.

Der Reichstag hat in den wenigen Sitzungsperioden seit dem 14. September 1930 schon manchen dramatischen Abschied erlitten, jedoch der Ausgung der letzten Tagungsperiode übertrifft alles bisher Dagewesene. Ein entsprechender Aufruf für den 24. Mai, an dem der Preussische Landtag zusammentreten soll.

Am Montag liegen sich die Sitzungen zunächst fast lustlos an. Die „rauhem Kämpfer“ waren offensichtlich instruiert, dem Zentrum zu beweisen, daß sie auch anderer Ausgangsformen fähig sind. Die 107 „rauhem Kämpfer“ waren zweifellos bestrebt, dem Zentrum ihre Koalitionsfähigkeit zu beweisen. Dies war auch der Zweck der rhetorisch unverbrämten, nach Sachlichkeit strebenden Rede, die am Dienstagmittag Gregor Straßer hielt. Daß der Vertraute Adolf Hitlers, Göring, dann so völlig aus der Rolle fiel, ist wohl ebenfalls nicht unbeabsichtigt gewesen. Diese Tonart war auf das

Fühlen und Denken der SS- und SA-Leute eingestellt. Am Mittwoch versuchten die Nazis, den üblen Eindruck des Vortages wieder wettzumachen. Obgleich Nachmittags in so gespannter politischen Situationen immer die Gefahr vor Zusammenstößen mit sich bringen, so verließ dennoch die bis in die zweite Nachstunde währende fünfzehnstündige Sitzung des Reichstags ohne größere Sensation. Vielleicht die Reden der Genossen Hilferding und Solmann ausgenommen, diese aber, insbesondere die Hilferdings, lagen lediglich auf geistiger Ebene, und geistige Kämpfe bilden in diesem Reichstag keine Sensation. Am Donnerstagsvormittag setzte die kurze Debatte über den Initiativgesetzentwurf des Zentrums, der die rechtliche Stellung der Beamtin umreißt, bereits mit einigen stürmischen Auftakten ein. Die ersten Abstimmungen indes brachten keinerlei Ueberraschungen irgendwelcher Art. Dann erst sorgte der Gemeinderat Heines dafür, daß die Probe auf die Koalitionsfähigkeit der Nationalsozialisten in Preußen so völlig daneben ging.

Jedenfalls haben alle diese Vorgänge auf die bürgerlichen Mittelparteien einen erheblichen Eindruck gemacht. Vorläufig dürfte nicht damit zu rechnen sein, daß das Zentrum dem Liebeswerben der Nationalsozialisten erliegen wird. Soviel wurde nunmehr auch einigen Teilen der bürgerlichen Mittelparteien klar, daß der Faschismus ernsteste Gefahren mit sich bringt. Der Faschismus tritt immer frecher auf, und der Vorfall im Reichstag ist der klassische Beweis dafür. Dazu kommen die Entschuldigungsverfahren, die im Auktorenrat von dem deutschnationalen Vizepräsidenten des Reichstags, Graf-Tühringen, der ehemals die Kommunisten grundlos engros hinauswerfen ließ, verfolgt hat. Der Ueberfall der Nazisprügelhelden auf einen republikanischen Journalisten hat

## Gröners Rücktritt vom Weheministerium

### Entscheidung bis nach Pfingsten vertagt

SPD Reichsminister Gröner, der den Reichsanstler und den Reichspräsidenten gebeten hat, ihn von seinem Amt als Reichswehrminister zu entbinden und ihm ausschließlich das Reichsministerium des Innern zu übertragen, begründet seinen Rücktritt wie folgt:

Gröner sieht die ihm im Oktober 1931 übertragene Aufgabe, die Reichsautorität durch Zusammenfassung aller Reichsmittel des Reiches in der besonders schwierigen Zeit des Winters zu sichern, als erfüllt an. Die weitere Leitung beider Ministerien würde seine Kräfte übermäßig in Anspruch nehmen. Außerdem sei die gleichzeitige Verwaltung eines ausgesprochen politischen Ministeriums wie des Reichsministeriums des Innern durch den Reichswehrminister mit dem unpolitischen und überparteilichen Charakter der Reichswehr auf die Dauer nicht zu vereinbaren. Da er im Reichsinnenministerium eine verantwortungsvolle Aufgabe in Angriff genommen habe, deren Durchführung ihm besonders am Herzen liege, wolle er in der Lage sein, in Zukunft seine ganze Arbeitskraft diesem Ministerium zu widmen.

Ein offizielles Rücktrittsgesuch Gröners liegt bisher nicht vor. Eine Entscheidung über seine Nachfolge im Reichswehrministerium ist auch deshalb erst nach Pfingsten zu erwarten, weil der Reichspräsident am Donnerstagabend einen kurzen Pfingsturlaub nach Neubrück (Ostpreußen) angetreten hat.

Über die Bedeutung dieses Rücktrittsgesuches schreibt der Sozialdemokratische Pressedienst:

Unmittelbar nach der Behauptung im Parlament nimmt das Reichskabinett abermals eine Umbildung vor. Im Laufe des Donnerstagnachmittags wurde bekannt, daß der Reichswehr- und Reichsinnenminister Gröner den Reichsanstler ersucht hat, ihn von seinem Amt als Reichswehrminister zu entbinden. Das Reichswehr- und das Reichsinnenministerium ist im Oktober 1931 in der Hand Gröners vereinigt worden, um ein starkes Bollwerk zu schaffen gegen alle illegalen Versuche. Die Vereinigung beider Ämter in der Hand des Reichswehrministers hat sich nicht immer als glücklich erwiesen. Sie wird jetzt rückgängig gemacht; aber das Bedeutsame daran ist, daß Gröner nicht wieder das Reichswehrministerium allein übernimmt, sondern das Reichsinnenministerium, und daß an seine Stelle als Reichswehrminister wahrscheinlich ein anderer General oder Admiral treten wird.

Die offizielle Begründung, die dem Rücktrittsgesuch Gröners gegeben wird, spricht davon, daß die Aufgabe, die durch Zusammen-

fassung der beiden Ämter gelöst werden sollte, mit dem Ablauf des Winters erfüllt sei. Sie spricht weiter aber auch davon, daß die Verbindung eines politischen Ministeriums mit dem Reichswehrministerium auf die Dauer den überparteilichen und unpolitischen Charakter der Reichswehr schädigen könne. Dies letztere sind Erwägungen, die dem Reichsanstler nicht nur in dieser Begründung, sondern auch von anderen leitenden Personen des Reichswehrministeriums vorgetragen worden sind. Der Reichsanstler wird diesen Bedenken so weit Rechnung tragen, daß die Personalfusion über beide Ämter wieder gelöst und ein neuer Reichswehrminister ernannt wird. Er hofft auf diese Weise die Reichswehr gegen den parteipolitischen Ansturm, der auf sie von rechts her unternommen wird abzuwehren zu können.

Diese Veränderung im Reichskabinett könnte angesichts des Trommelfeuers, das die Rechte auf Gröner unternommen hat, und in der Stimmung, die durch den Ausbruch der nationalsozialistischen Brutalität im Reichstag hervorgerufen worden ist,

als ein Erfolg der Treibereien der Rechten aufgefaßt werden. Dieser Auffassung aber steht eins entgegen: Die Rechte ist gegen Gröner angefürt, weil er die SA aufgelöst hat.

Sie hat ihre Angriffe verdoppelt, nachdem er im Reichstags die verärrlichen Absichten der Nationalsozialisten und ihrer Parteiarmer offen dargelegt hat. Sie wollte ihn zu Fall bringen wegen des Verbotes der SA. Der Tatbestand nach dem Personalwechsel im Kabinett ist aber, daß der Reichsinnenminister Gröner, der die nationalsozialistische Parteilarmee verboten und aufgelöst hatte, der ihren wahren Charakter im Reichstag enthüllt hat, als Reichsinnenminister im Amt bleibt!

Was die Aenderung im Reichswehrministerium bedeutet, wird man erst erkennen können, wenn Klarheit über die Person des neuen Reichswehrministers geschaffen sein wird. Im Laufe des Donnerstag wurde der Chef der Marineleitung, der Admiral Raeder, als Nachfolger Gröners genannt. Es heißt von ihm, daß er den Treibereien von der äußersten Rechten fernstehen soll.

Die Regierung Brüning steht auf einer schmalen Basis. Ob ihre Stellung mit den Veränderungen im Kabinett fester wird — das läßt sich noch in keiner Weise überbliden. Die Verantwortung, die sie auf sich nimmt, wird immer stärker. Parteipolitisch gesehen, liegt die Wucht dieser Verantwortung auf dem Zentrum. Von seinen Entscheidungen wird es im wesentlichen abhängen, wie sich die Dinge in Deutschland weiter entwickeln.